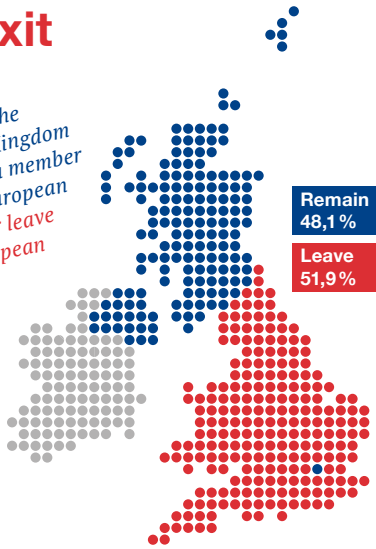


Brexit

„Should the United Kingdom remain a member of the European Union or leave the European Union?“



Remain
48,1%

Leave
51,9%

Herausgeberin: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
 Autor: Marius Guderjan; 1. Auflage: Mai 2021
 Gestaltung/Illustrationen*: Mohr Design (* Patricia Jaeger); bpb.de/spicker

Großbritanniens Sonderrolle in der EU

Um den Brexit (= Britain + Exit) zu verstehen, lohnt sich ein Blick in die Geschichte des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland (nachfolgend Großbritannien/GB):

- **Im 19. Jahrhundert** wurde das britische Reich zur Weltmacht mit Kolonien in Afrika, Amerika, Asien und Australien.
- **Als nach dem Zweiten Weltkrieg** der Grundstein für die heutige Europäische Union (EU) gelegt wurde, setzte der Inselstaat auf seine Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien und den USA statt auf Europa.
- **Dies änderte sich in den 1960er Jahren**, als der wirtschaftliche und politische Status des Landes kleiner und gleichzeitig der Einfluss der Europäischen Gemeinschaft (EG) größer wurde.
- **Schließlich trat Großbritannien 1973 in die EG ein.**

Für Großbritannien war die EU in erster Linie ein wichtiger Wirtschaftsraum. Dass sich die Mitgliedsstaaten im Gegenzug gemeinsamen Regeln unterordnen müssen, widersprach den Ansichten der einstigen Weltmacht und der Souveränität des britischen Parlaments. Daher beanspruchte Großbritannien für sich eine **Sonderrolle**:

- **Großbritannien trat nicht dem Schengener Abkommen bei**, das Grenzkontrollen innerhalb Europas abschafft.
- **Großbritannien gehörte zu den Mitgliedsländern, die den Euro als gemeinsame Währung nicht einführten.**

„Splendid Isolation“ = Als „wunderbare Abschottung“ wurde die britische Außenpolitik vor allem bis zum Zweiten Weltkrieg beschrieben. Man hielt sich aus europäischen Angelegenheiten heraus und war auf die eigene Unabhängigkeit bedacht.

„Brexit means Brexit“ – Regierungskrise in GB

Drei Jahre lang nach dem EU-Referendum konnten sich die britische Regierung und das britische Parlament nicht einigen, wie die Beziehungen zur EU in Zukunft aussehen sollen. Die einen wollten einen **„soft Brexit“** und weiterhin eng mit der EU zusammenarbeiten. Die anderen waren für einen **„hard Brexit“**, um unabhängig von der EU sein. Die Gräben verliefen quer durch die Bevölkerung und die Parteien.

Die Grenze zwischen Süd- und Nordirland

Als 1921 die Republik Irland gegründet wurde, verblieb der nördliche Teil der irischen Insel im Vereinigten Königreich. Seitdem strebt die katholische Bevölkerung Nordirlands eine Wiedervereinigung mit der Republik Irland an. Die protestantischen Unionisten hingegen wollen, dass Nordirland Teil von GB bleibt. Der Konflikt zwischen Republikanern und Unionisten sorgte zwischen den 1960er und 1990er Jahren regelmäßig für gewalttätige Auseinandersetzungen und Terroranschläge mit insgesamt etwa 3.500 Todesopfern. Obwohl Nordirland bis heute tief gespalten ist, hat sich die Lage seit Ende der 1990er Jahre weitestgehend gewaltfrei entwickelt. Wichtige Voraussetzung dafür waren die abgeschafften Grenzkontrollen zwischen Süd- und Nordirland.

Da die Republik Irland zur EU gehört, müssten die Kontrollen nach dem Brexit eigentlich wieder eingeführt werden. Die Einschränkung von Reisefreiheit und Handel würde aber den zerbrechlichen Frieden in Nordirland gefährden. Nach langen Verhandlungen einigten sich EU und britische Regierung auf Kontrollen zwischen Nordirland und dem Rest von GB. So kann die Grenze zwischen Süd- und Nordirland weiterhin offenbleiben. Diese Sonderregelungen sind im Nordirland-Protokoll festgehalten.

„In or out?“ – Das britische EU-Referendum

Die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens bestand aber nicht nur in einer Sonderrolle. Das Land trug auch dazu bei, dass der europäische Binnenmarkt in den vergangenen Jahrzehnten weiterentwickelt wurde und die EU sich politisch reformierte. Im neuen Jahrtausend bekamen die EU-Gegner/-innen in Großbritannien jedoch Aufwind. Die rechtspopulistische **UK Independence Party (UKIP)** warb mit dem **EU-Austritt** und schärferen Zuwanderungsbeschränkungen zunehmend erfolgreich um Stimmen. Auch die regierenden Konservativen („Tories“) griffen die Themen auf. 2015 versprach Premierminister **David Cameron** für den Fall seiner Wiederwahl ein Referendum über die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens. Nach den gewonnenen Parlamentswahlen löste er sein Versprechen ein. Obwohl Cameron für den Verbleib warb, stimmte eine knappe Mehrheit der Britinnen und Briten am **23. Juni 2016** dafür, die EU zu verlassen. Die Prognosen sahen einen Sieg des „Remain“-Lagers voraus, umso überraschender war der Ausgang des Referendums:

LEAVE REMAIN

	Austritt	Verbleib
England	53,4%	46,6%
London	40,1%	59,9%
Schottland	38,0%	62,0%
Wales	52,5%	47,5%
Nordirland	44,2%	55,8%
GB gesamt	51,9%	48,1%

Wahlbeteiligung: 72,2%

Im Referendum wurde nicht gefragt, unter welchen Bedingungen Großbritannien aus der EU austreten sollte. Es war also nicht klar, wie eng das Land in Zukunft an die EU angebunden bleiben sollte. Außerdem waren die Menschen in **Schottland** und **Nordirland** mehrheitlich für einen Verbleib. Cameron trat als Premierminister zurück und Parteikollegin **Theresa May** übernahm die schwierige Aufgabe, den Brexit abzuwickeln. Am **29. März 2017** schrieb sie einen Brief an den Präsidenten des Europäischen Rates und kündigte unter Berufung auf Artikel 50 den Austritt Großbritanniens an.

Was ist Artikel 50?

Die Frage, ob ein Land seine Mitgliedschaft in der EU aufgeben kann, wurde erst mit dem Vertrag von Lissabon 2009 beantwortet. Seitdem sieht Artikel 50 des Vertrages den freiwilligen Austritt vor. Die anderen Mitglieder können einen Staat also nicht dazu zwingen.



Wenn ein Land austreten möchte, weil z. B. die Wählerinnen und Wähler dafür gestimmt haben, muss es das dem Europäischen Rat mitteilen. Damit beginnt eine zweijährige Übergangsfrist, während der das Land und die EU entscheiden, unter welchen Bedingungen der Austritt stattfinden soll. Theoretisch kann sich das Land in dieser Zeit dazu entschließen, doch in der EU zu bleiben und Artikel 50 wieder zurückzunehmen. Wenn es das Land und die EU nach zwei Jahren nicht geschafft haben, ein neues Abkommen zu schließen, kann die Übergangsfrist verlängert werden.

Die Verhandlungen zwischen der EU und GB

Die politischen Systeme der EU und ihrer Mitgliedsstaaten sind eng miteinander verflochten und zwei Jahre sind knapp, um die Beziehungen neu zu gestalten. Über 40 Jahre lang hatte Großbritannien die Entwicklung der EU geprägt und sich deren Gesetzgebung angepasst. Zudem ist der Fall des Brexits einmalig: Bisher waren Länder aus der EU nur ausgeschieden, wenn sie von einem anderen EU-Staat unabhängig wurden.

Die **Brexit-Verhandlungen** stellten beide Seiten vor große zeitliche und politische Herausforderungen. Die Positionen der EU und der britischen Regierung waren kaum miteinander vereinbar:

Die britische Regierung hatte das Ziel, in Zukunft ohne Einschränkungen **eigene Gesetze** und neue **Handelsverträge** mit Ländern außerhalb der EU zu beschließen. Die **Einreise** von EU-Bürger/-innen nach Großbritannien sollte begrenzt werden. Gleichzeitig sollten britische Produkte möglichst ohne Einschränkungen in der EU verkauft werden können.

Ein **freier Warenverkehr** britischer Produkte im **EU-Binnenmarkt** war für die EU nur vorstellbar, wenn Großbritannien weiterhin die in der EU geltenden Regeln befolgen würde. Sonst hätte das Land einen Wettbewerbsvorteil erhalten und andere EU-Mitgliedstaaten hätten für sich ebenfalls Ausnahmen fordern können – die Grundprinzipien der EU wären in Gefahr gewesen.

Die offene Grenze zwischen Irland und Nordirland war ebenfalls ein Streitthema (S. 6) und die Rechte der in Großbritannien lebenden EU-Bürger/-innen sowie der Britinnen und Briten, die in der EU leben, mussten geklärt werden.

Nachdem Theresa May 2017 ihre Mehrheit im Parlament verloren hatte, wurde es noch schwieriger, die pro- und antieuropäischen Lager zufrieden zu stellen. Ihr Austrittsabkommen mit der EU wurde mehrmals vom Parlament abgelehnt und die **Übergangsfrist** für den Brexit verlängert. May trat im Juni 2019 zurück und ihr Nachfolger, der europakritischere **Boris Johnson**, verhandelte ein neues Abkommen mit der EU, das schließlich auch im britischen Parlament eine Mehrheit fand.

Die EU stimmte dem **Austrittsabkommen** daraufhin zu. Am **31. Januar 2020** trat Großbritannien offiziell aus der EU aus, für Bereiche wie den Handel galten weiterhin Übergangslösungen. Anschließend verhandelten die britische Regierung und die EU ein neues **Handels- und Kooperationsabkommen**, das am 1. Januar 2021 in Kraft trat. Es...

beinhaltet Regelungen zu:	beinhaltet keine Regelungen zu:
✓ Datenschutz	✗ Außen- und Sicherheitspolitik
✓ Energie und Nachhaltigkeit	✗ Berufsabschlüsse
✓ Fischfangquoten	✗ Dienstleistungen
✓ Koordinierung der Sozialsysteme	✗ Einwanderungsbestimmungen
✓ Luft- und Straßenverkehr	✗ Erasmus+ (Bildungsprogramm)
✓ Polizeiliche und strafrechtliche Zusammenarbeit	✗ EURATOM (Atomgemeinschaft)
✓ Staatliche Beihilfen	✗ Europäische Arzneimittel-Agentur
✓ Steuertransparenz	✗ Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten
✓ Warenverkehr	✗ Europäische Agentur für Flugsicherheit
✓ Wettbewerb	✗ Europäische Chemikalien-agentur

„And now?“ – Die neuen Beziehungen zwischen der EU und GB

- **Obwohl Großbritannien nicht immer ein einfaches Mitgliedsland war, bedeutet sein Austritt für die EU einen großen wirtschaftlichen und politischen Verlust.**
- **Die EU verliert mit Großbritannien eine gewichtige Stimme in der internationalen Politik.**
- **In vielen Bereichen ist die Zusammenarbeit trotz des vereinbarten Abkommens (S. 7) nicht mehr geregelt.**

Das neue Handels- und Kooperationsabkommen sieht vor, dass Großbritannien die Produktstandards der EU befolgen muss, damit **Waren ohne Zölle** geliefert und in der EU verkauft werden können. Güter, landwirtschaftliche Produkte und Lebensmittel müssen zudem angemeldet und kontrolliert werden. Dies verursacht zusätzliche Kosten und Wartezeiten. Für das Anbieten von Dienstleistungen zwischen Großbritannien und EU-Ländern müssen Unternehmen jetzt Gebühren bezahlen. Die britische Regierung hofft, dass sie in Zukunft stärker mit Staaten außerhalb der EU zusammenarbeiten kann, etwa mit den **USA** oder innerhalb des **Commonwealth**, einer losen Vereinigung ehemaliger britischer Kolonien. Es zeichnet sich jedoch bereits ab, dass sich der Brexit zusätzlich zur Corona-Pandemie negativ auf Geschäfte, Arbeitsmarkt und Löhne auswirkte.

Innerhalb der EU dürfen die Bürger/-innen **frei reisen, leben, arbeiten und studieren**. Das ist in Großbritannien jetzt nicht mehr ohne Erlaubnis möglich. Für Aufenthalte, die länger als 90 Tage dauern und nicht touristisch sind, wird ein **Visum** benötigt. Die gleichen Vorschriften gelten im Gegenzug für Britinnen und Briten, die in die EU möchten.